

Für eine zukunftsorientierte Sozialpolitik

Dr. Markus Juch

nennt vor dem Start der Sondierungsgespräche zur Bildung einer neuen Landesregierung in Hessen die Prioritäten aus Sicht der Wohlfahrtspflege.

Die neue Landesregierung ist noch dabei sich zu formieren. Mit der CDU als großer Partei der Regierungskoalition ist aber anzunehmen, dass der bisherige Kurs im Wesentlichen bestehen bleibt.

Doch die politischen Herausforderungen werden nicht weniger. Im Interesse der Wohlfahrtsverbände liegt es dabei natürlich, dass sozialpolitische Fragen nicht aus dem Blickfeld geraten, und dass das neue Regierungsprogramm auch für eine Politik zugunsten der Schwächeren in unserer Gesellschaft steht. Dementsprechend gibt es natürlich einen Forderungskatalog der Sozialverbände. Es ist klar, dass diese Forderungen nicht alle Eins zu Eins in Erfüllung gehen können, doch seitens der Wohlfahrtspflege ist es wichtig, hier deutlich zu machen, wo aus ihrer Sicht die Prioritäten liegen.

Ein ganz wichtiges Thema ist das Wohnen. Seit Jahren gibt es auch in Hessen zu wenig Wohnungen auf dem Markt. Doch ein angespannter Wohnungsmarkt sorgt immer für die gleichen „Verlierer“: Kinderreiche oder Alleinerziehende, Menschen mit wenig Geld, Arbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund... Für diese Gruppen fallen viele Wohnungen allein aus Kostengründen als unerschwinglich weg, bleiben oftmals nur die unzureichend sanierten Wohnungen übrig, die dann wie



Der Gastautor (56) ist Fuldaer Diözesan-Caritasdirektor und Vorstand der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen.

derum zu erheblichen Mehrkosten durch starken Heizungs- und Warmwasserverbrauch führen. Ein ewiger Kreislauf, der die Menschen dann auch im Sozialhilfebezug hält. Nur ausreichender bezahlbarer Wohnraum kann hier für echte Abhilfe sorgen. Dazu bedarf es entsprechender Bauprogramme und Fördermöglichkeiten, damit der nötige Wohnraum zügig geschaffen wird. Nebenbei: Die Caritas im Bistum Fulda kommt dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe immer wieder nach und konnte kürzlich gerade wieder Richtfest für drei Gebäude mit 15 Sozialwohnungen feiern.

Ein weiterer Punkt: Integration und Inklusion sind wesentliche Bausteine für unsere bunte inhomogene Gesellschaft. Auf allen politischen Ebenen sollte man inzwischen der Wahrheit ins Gesicht sehen, dass Deutschland eines der

wichtigen Einwanderungsländer auf der Welt ist und bleiben wird – einerseits, weil Menschen in Not auch in Zukunft bei uns Schutz und Sicherheit finden sollen. Andererseits wird auch das Thema „Fachkräftemangel“ im Kontext mit der Migrationspolitik verstärkt in den Blickpunkt rücken.

So wäre aus Sicht der Wohlfahrtsverbände einer der wesentlichen Aufgaben der nächsten hessischen Landesregierung, sich um gelingende Integration auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu bemühen: Wer in Deutschland leben will und darf, muss Möglichkeiten haben, zügig die Landessprache zu lernen. Nur so klappt das dann mit Schule, Ausbildung und Beruf. Die Inklusion in hessische Kitas sollte alle Kinder umfassen – dazu gehören ausländische Kinder genauso wie solche mit Einschränkungen. Geeignete Begleitung in Schule und zum Berufsstart sollte immer dann ermöglicht werden, wenn der Start eines jungen Menschen ins selbstständige Leben durch Lernbehinderung oder sonstige Einschränkungen gefährdet ist.

Wenn das eigene Leben bei vielen gelingt, strahlt das auch positiv in unsere Gesellschaft aus. Kümmerst sich also die neue Landesregierung um die richtigen Weichenstellungen für die Schwächeren, werden alle Hessen in der Gemeinschaft davon profitieren. Nutzen wir die nächsten fünf Jahre also gemeinsam konstruktiv für alle.